

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 20 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 30 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsseitigen Postzettel 1/2 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 1 Pf., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelnummern 100 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sehne. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 77

Freitag den 31. März 1922

88. Jahrgang

## Vertilgung und Sächsisches

Dippoldiswalde. Ostern naht. Das ist die Zeit der Schulentlassungen und damit für viele Eltern und Kinder der Zeitpunkt erfüllter Hoffnungen, erreichter Ziele; aber auch die Zeit neuer Hoffnungen, weitergesteckter Ziele. Wohl nur die wenigsten der Entlassenen sind sich der Bedeutung der Stunde voll bewußt. Nur der kleinere Teil weiß zu schätzen, was ihm die Schule bot. Dar manchem kommt erst im späteren Leben — wenn sich zeigt, was fehlt — zum Bewußtsein, was ihm in der Schule geboten worden ist — zu spät. Bei den meisten Entlassenen ist es wohl ein „Endlich erlöst von dem Zwange“, das zunächst alles andere überbietet. Das dürfte besonders zutreffen auf die Fortbildungsschule, die gestern nachmittag in der Turnhalle 18 Schüler aus ihrem Verbände entließ, und kann um so weniger verwundern, wenn die Gleichgültigkeit der Erziehungspflichtigen der Schule gegenüber so lächerlich sich zeigt, wie eben leider gestern. Hatte denn nicht ein Vater, nicht eine Mutter, nicht ein Lehrer eine Stunde Zeit? Auch von den städtischen Kollegen, vom Schulausschuß war niemand da. Gewiß, die Nachmittagsstunden fallen in die Dienst-, in die Arbeitszeit. Und Zeit ist heute mehr als je Geld. Aber eines oder das andere hätte sich bei gutem Willen doch wohl frei machen können. Es geht doch sonst bei weniger wichtigen Anlässen, als es die Entlassung junger Männer aus dem Schulverbände ist. Möge der Lehrerschaft bei derartigen Beobachtungen der Idealismus nicht verloren gehen. Ein Wunder wäre es nicht. — Mit dem Gesange der Strophe: „Wem Gott will rechte Günst' erweisen“ wurde die gefristete Feier eröffnet, worauf Herr Lehrer Bruner, der zukünftige Fortbildungsschul-Hauptlehrer, die Abschiedsrede hielt, in der er Alfred Krupp und sein Lebenswerk schilderte und den abgehenden Schülern, die mit Ostern meist auch ihre Lehrzeit beenden und damit selbständiger werden, bald auch in andere Arbeitsverhältnisse, unter andere Menschen treten, den Grundsatz der Weisheit vor Augen führte als ein hehres Beispiel von Fleiß, Kraft, Gründlichkeit, Ausdauer, als einen echten Staatsbürger und eine freie Persönlichkeit im edelsten Sinne. Ihm nachzutreten, legte er den Scheidenden warm ans Herz und schloß mit dem Wahlspruch Alfred Krupps: „Der Zweck der Arbeit muß das Allgemeinwohl sein; dann ist Arbeit Segen, dann ist Arbeit Arbeit.“ Hierauf erhielten die 17 Schüler ihr Abgangszeugnis; einem wird es vorenthalten, da er noch mit Strafe wegen unentschuldigter Versäumnis im Rückstande ist. Namens der Abgehenden richtete der Schüler Theil in fabelhafter Form Worte des Dankes an die Lehrerschaft und Worte der Mahnung an die Zurückbleibenden, die wenigen Stunden recht eifrig zu nützen, und verabschiedete sich von den Herren Lehrern. Ein anderer Schüler trug durch eine kurze Deklamation „Zum Ziel“ zur Verschönerung der Feier bei, worauf den Abgehenden je ein Abdruck der Einföhrung in die Reichsverfassung und die sächsische Staatsverfassung ausgehändigt wurden. Mit dem allgemeinen Gesange der Strophe: „Herr Vater, Frau Mutter, daß Gott euch behüt; wer weiß, wo in der Ferne das Glück mir noch blüht! Es gibt so manche Straße, da nimmer ich marschier; es gibt so manchen Wein, den nimmer ich probier!“ schloß die einfache, aber durchaus nicht eindrucklose Feier. Möge sie nicht ohne Wirkung bleiben vor allem auf die Entlassenen. Glück auf!

Die sächsische Regierung hatte im ersten Entwurf der Gemeindeverfassung die Immunität der Gemeindevorsteher vorgesehen. In dem endgültigen Entwurf aber, der jetzt dem Landtage zugegangen ist, fehlt diese Bevorrechtung der Gemeindevorsteher entsprechend einem Gutachten des sächsischen Justizministeriums. Das Justizministerium erklärt eine solche Immunität für nicht im Einklang stehend mit dem Artikel 36 der Reichsverfassung. Die staatsrechtliche Verantwortlichkeit beschränkt sich auf die Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages. Dies deckt sich mit dem Rechtszustand. Auch bei der Beratung der Reichsverfassung habe man eine Ausdehnung der Immunität nicht gewünscht. Die Landesgesetzgebung aber sei nicht befugt, den Umfang der sogenannten beschränkten Exemptionen, denen die Mitglieder des Reichstages und der Landtage unterliegen, von sich aus zu erweitern; das könne nur von Reichswegen geschehen.

Da die Mitglieder des bisherigen Landeskulturrates nur bis Ende des Monats als gewählt gelten und das neue Gesetz über die Landwirtschaftskammer bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt sein kann, macht sich eine erneute Verlängerung der Wahldauer der Mitglieder des Landeskulturrates und des Ausschusses für Gartenbau bei dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, in der die Wahldauer

für die Mitglieder der genannten Körperschaften bis zum 30. 6. d. J. verlängert wird.

**Arbeitslos.** Vom 1. April 1922 wird im Anschluß an die hiesige Erwerbslosenfürsorgestelle im Gemeindevorstande eine Nebenstelle Arbeitslosenfürsorgestelle im Gemeindevorstande für die bisher der Nebenstelle Niedersiedlich zugewiesenen Gemeinden Bärenkauf-Kaufsch, Gomben, Arbeitslos, Kleincaarsdorf, Lungwitz, Quohren, Saiba und Wittgensdorf errichtet.

**Glashütte.** Sein zehnjähriges Stiftungsfest hält der L.-C. „Arbeitslos“, der am 31. März 1912 gegründet worden ist und jetzt über 60 aktive Mitglieder zählt, am 8. April im Hotel Stadt Dresden ab. — Der Rauch- und Schießklub Glashütte, der sein neues Vereinslokal im „Bergschlößchen“ aufgeschlagen hat, besteht nun bereits 20 Jahre. Sein diesmaliges Stiftungsfest soll sich über den Rahmen der bisherigen weit hinausheben und am 13. Mai im Gasthaus zum Goldenen Glas begangen werden.

Am 26. März besuchten die abgehenden Schüler der 1. Leipziger Uhrmacherschule unter Führung von Oberlehrer Schulze die Deutsche Uhrmacherschule, am 27. März die Ausgelernten der Chemnitzer Uhrmacherschule unter der Führung von Uhrmachermeister Zumbel. Beide Gruppen besichtigten außerdem die hiesige Deutsche Präzisionsuhrfabrik und die Fabrik von A. Lange & Söhne.

**Dresden-Loßwitz.** Der im 29. Jahrgange erscheinende „Loßwitzer Anzeiger“ stellt sein selbständiges Erscheinen ein und wird mit der in Blasewitz erscheinenden „Sächsischen Dorfzeitung und Elbgaupresse“ verschmolzen.

**Meißen.** Die langjährigen Versuche der Meißner Porzellan-Manufaktur, Kirchenglocken aus Porzellan herzustellen, sind jetzt geglückt. Die Stadtkirche in Meißen wird in diesem Sommer ein Glöckenspiel von 60 Glöckern erhalten. Die größte Glöcke wird eine Höhe von 70 und einen Durchmesser von 50 cm haben. Der bekannte Meißner Keramikfabrikant Böhner hat die Formen geschaffen. Die Glöcker werden allegorische Gestalten aus der christlichen und meißnischen Geschichte zeigen und mit Malereien in Rot und Gold geschmückt sein.

Als Täter zu dem am 24. d. M. in der Steingutaktiengesellschaft Sörnewitz ausgeführten Raubverbrechen wurde ermittelt: der 20jährige Kaufmannslehrling Kurt Schatte in Sörnewitz und der 27jährige Eisenarbeiter Edwin Schneider in Coswig. Sie wurden am 28. März durch die Landesstrafkammer Dresden und die zuständige Gendarmerei festgenommen und dem Amtsgericht Meißen zugeführt. Das gestohlene Geld, (über 300 000 M.) wurde bis auf einen kleinen Betrag der geschädigten Firma wieder zugestellt. Die Räuber haben den Kassierer schon seit längerer Zeit bei seinen Arbeiten nach Kontorfluß beobachtet und auch mehrfach versucht, den Raub auszuführen, bis es ihnen endlich geglückt ist. Sie haben an der hinteren Seite der Fabrik die Umfassung des Hofes überstiegen und haben sich durch letzteren in das Kontorgebäude geschlichen. Dort haben sie schwarze Masken angelegt und sind mit vorgehaltenen Revolvern in den Kassentraum eingedrungen. Während Schneider unter dauerndem Vorhalten des Revolvers den Kassierer auf seinem Platz gehalten hat, hat Schatte den offenkundigen Geldschrank ausgeräumt. Hierauf haben sie das Fabrikgrundstück auf demselben Wege verlassen und sind querfeldein in den Wald gegangen, wo sie das Geld zunächst verborgen haben. Anschließend sind sie nach Dresden gefahren.

Der Kindesleichenfund im Stadtpark hat seine Aufklärung gefunden. Die ledige, 27 Jahre alte Arbeiterin Grund hat eingestanden, das Kind in der Nacht zum 22. März heimlich geboren und dieses am genannten Tage morgens mit der Hand erdrosselt zu haben. Die Grund hat bereits zwei außereheliche Kinder im Alter von 1 1/2, und 3 Jahren. Sie ist bereits wegen Diebstahls und Kindesunterdrückung vorbestraft und steht in keinem guten Rufe. Sie wurde dem Amtsgericht zugeführt.

**Pirna.** Die gesamten Gebäude in der Stadt Pirna waren am Ende des vorigen Jahres mit insgesamt 44 261 710 Mark bei der Landesbrandversicherungsanstalt versichert.

**Vad Gollsch.** Der Stadtmagistrat hat beschlossen, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die durch die Nebenämter Hellenhof und Kleinlebenau beschlagnahmten Waren in der Hauptfahse im Grenzbezirk bleiben und versteigert werden.

Die Kurtaxe ist für dieses Jahr um 100 Prozent erhöht worden.

**Limbach, Sa.** Die Untermehrheit der Stadtverordneten beschloß, die bürgerlichen Vertreter, die schon zum 3. Male den Sitzungen ferngeblieben waren, in eine Ordnungsstrafe

zu nehmen. Dem sozialistischen Stadtrat Kessler wurde, weil er gegen den Stachel „geldt“ hatte, ein Mißtrauensvotum erteilt. Zur staatlichen Grund- und Gewerbesteuer soll ein Zuschlag von je 25 Proz., zur städtischen Gewerbesteuer ein solcher von 300 Proz. erhoben werden.

**Brundöbber.** Die Bemühungen um eine reichlichere Belieferung unserer Gemeinde mit Brennholz haben Erfolg gehabt. Nach den vom Finanzministerium herausgegebenen Richtlinien dürfen die Gemeinden aber das ihnen zugewiesene Brennholz in erster Linie nur an wirklich Bedürftige und Kriegsbeschädigte verteilen. Es ist nicht angängig, fast die gesamte Einwohnerschaft als minderbemittelte anzusehen. In zweiter Linie soll die Belieferung der am Walde wohnenden Gemeinden mit Brennholz durch Abhaltung von Besteigerungen erfolgen. — Im Gemeinderat stellte Gemeindevorsteher Weidlich den Antrag: Nachdem bei den letzten Gemeinderatswahlen 1016 Stimmen gegen und 913 für die Eingemeindung Brundöbber nach Klingenthal abgegeben worden sind, also 103 Wähler mehr gegen die Eingemeindung gestimmt hatten, wolle der Gemeinderat beschließen, weitere Verhandlungen in dieser Frage abzulehnen. Gemeindevorsteher Weidlich beantragt, zur Pflege der weiteren Beratung mit Klingenthal über die Verschmelzung einen Ausschuß von fünf Mann (einschließlich des Gemeindevorstandes) zu wählen. Bei namentlicher Abstimmung wurde der Weidliche Antrag mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Verschmelzung der Gemeinde Brundöbber mit der Stadt Klingenthal ist damit zunächst erledigt.

**Jöhitz.** Daß gegenwärtig gar nichts mehr vor den Dieben sicher ist, mußte unsere Gemeinde erfahren, indem ihr wiederholt die schweren eisernen Schloßeneinfalldel gestohlen worden sind. Selbst die als einseitigen Ersatz und Schutz gegen Unglücksfälle angebrachten Zementbedel finden nunmehr, wahrscheinlich aus Unmut der Spitzbuben darüber, daß sich der Zement nicht wie das jetzt so kostbare Metalle zu Geld machen läßt, der Vernichtungswut anheim. Die Gemeinde setzt eine Belohnung auf die Ermittlung der gewissenlosen Frevler aus, und es wäre ihr, auch im Interesse der Sicherheit der Spaziergänger vor Verunglückungen, Erfolg zu wünschen.

**Klingenthal.** Einen „fetten“ Konkurs gab's beim Kolonialwarengeschäft R. Fr. Wagner hier, wo sogar die bevorrechtigten Forderungen nur zu einem Viertel bedacht wurden und 13 400 M. andere ganz ausfielen.

**Klingenthal.** Geld folgt per Frachtgut... Eine hiesige Musikwarenfirmen erhielt eine Bestellung aus Deutsch-Oesterreich mit der Bedingung, daß die Waren per Post übersandt werden müßten. Geld folgt per Frachtgut, heißt es in dem Bestellschein. Besser können die Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich nicht illustriert werden.

## Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

am 29. März 1922.

Entschuldigt fehlen Stadtrat Halm, Stadtverordneter Schuber und Elternvertreter Seidel; außerdem fehlt Stadtverordneter Erhardt.

Kenntnis nimmt man von der Vollstreckung der Strafen für unterrichtliche Schulversäumnisse im Januar, wie von gleichen Versäumnissen im Februar und deren Erledigung.

Der Stundenlohn der Lehr- und Schenkerfrauen wird auf Gehalt ab 1. April auf 4 M. erhöht.

Das Gesuch der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacherinnung, den Fortbildungsschulunterricht für den 2. und 3. Jahrgang nicht auf Mittwoch zu legen, da dieser für ihren Beruf ein Hauptbeschäftigungstag ist, wird, wenn irgend möglich, voll berücksichtigt werden.

Die beantragte neue Hilfslehrerstelle ist genehmigt, so daß die Durchführung des beschlossenen Lehrplanes möglich ist. Die Normalklasse erhält keine besondere Bezeichnung. Gemischte Parallelklassen werden mit a, b, c; nach Geschlechtern getrennte mit K, M; die Hilfsklassen mit H, M, O (Unter-, Mittel-, Oberklasse) und die Begabtenklassen mit S (Sprachklasse) bezeichnet.

Das Gesuch des Pfarrers Herz in Reichstädt um Aufnahme seines Sohnes in die S-Abteilung wird genehmigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft ein Gesuch der Lehrerschaft, die Holzwand zwischen den Zimmern 5 und 6 schalldicht zu machen und die Stuhlfuhe in Zimmer 8 der Gerätschaftabteilung für das darunterliegende Zimmer wegen mit Filzunterlagen zu versehen. Nach längerer Aussprache, in der vergebens versucht wird, die Schalldurchlässigkeit als große Unterrichtsfrage zu bestreiten (die Störung ist eben eine fastbekannte Tatsache) und in der festgestellt wird, daß früher zwischen die beiden Holzwände zur Schalldämpfung eine Art Strohmatten eingeschoben wurden, beschließt man, unter der Voraussetzung, daß baupolizeiliche Bedenken nicht bestehen, für den Zweck Strohmatten flechten zu lassen und den Betrag hierfür in den Haushaltsplan einzustellen. Im Anschluß hieran erwähnt Lehrer Bruner, daß die Lehrerschaft über den Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung, soweit es das gleiche Gesuch betraf, sehr aufgebracht sei, da er den Tatsachen nicht entspreche. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Dem

Bericht gibt die Verhandlungen getreu wieder, sodass nicht ein Wort zurückzunehmen ist. Die Tagesordnung besagte „Einziehen einer Wand“ usw. — was also falsch war, wenn man das Gesetz meinte; was nur als richtig bezeichnet werden kann, wenn man den Bauausschussvorsitz meinte. Das Gesetz selbst wurde nicht vorgelesen. Es wurde wiederholt gesagt, daß in der Lehrerschaft zweierlei Ansicht in der Sache bestehen müsse, mindestens zwischen Schulleiter und Mehrheit der Lehrerschaft. Aus diesem Grunde, um erst Klarheit zu schaffen, ersuchten die Stadtverordneten um Überweisung des Gesuchs an den Schulausschuß. Auf die zahlreichen Versicherungen in der Aussprache, die auf den obigen Ton eingestellt waren, kann hier nicht eingegangen werden. Tatsache ist, daß weder ein Mitglied des Rates, noch ein Stadtverordneter in der betreffenden Sitzung genau im Bilde war bezüglich des Gesuchs der Lehrerschaft. Jeder nahm an, in dem Gesuche werde erbeten, was die Tagesordnung besagte: „Einziehen einer Wand“. Es bedurfte also nicht mit den Worten des Schulleiters dem Stadtverordneten-Vorsteher gegenüber. Diese Annahme aber war eben falsch. Auf den Gedanken, Einsicht in das Gesetz zu nehmen, kam leider niemand. Die Entrüstung der Lehrerschaft ist nach Lage der Sache also berechtigt. Der Zeitungsbericht ist aber die falsche Adresse.)

Bezüglich der Stühle will man Kostenanschlag herbeiziehen. Der Vorschlag des Bauausschusses wegen Anbringung weiterer Kleiderhaken findet mit geringer Abweichung Annahme. Vielerlei Wünsche in der Sache, wie sie namentlich auch in einem Schreiben des Elternrats an das Lehrerkollegium zum Ausdruck kommen, sind, besonders der Raumfrage wegen, nicht realisierbar. Der Mietzins für die Mädchenfortbildungsschule für das abgelaufene Schuljahr wird auf 3000 M. festgesetzt (700 M. Abnutzung der Räume, 1700 M. Heizung, 300 M. Beleuchtung und 300 M. Reinigung usw.).

Die Veratung der Schulordnung setzt man aus, da das vor der Verabschiedung im Landtage stehende Schulaufsichtsgesetz mit Sicherheit Nachträge bedingen würde, und andererseits für Dippoldiswalde keine Veranlassung besteht, die Angelegenheit zu überführen.

### Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

In der am 29. März d. J. unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns von der Plauß abgehaltenen 5. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfaßte die Tagesordnung nebst Nachtrag 41 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die vollständig erschienenen Mitglieder und berichtete nach Eintritt in die Tagesordnung über die Einführung einer Gewerbesteuerordnung für den Bezirksbereich zwecks Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer. In Frage kommen hierbei lediglich solche Ortsgebiete, deren Einzerteilung in einen Gemeindebezirk am 1. April d. J. noch nicht durchgeführt ist. Der Bezirksausschuß stimmte der im Entwurfe vorliegenden Ordnung unter Verantwortung bei der Bezirksversammlung zu.

Genehmigt wurden das Gesuch der Gemeinde Höchendorf um Erlaubnis zur Aufnahme eines Darlehens von 138 666 M. bei dem Landeswohnungsverband Sachsen, die Ortsgefesse von den Gemeinden Wärenburg über die Erhebung einer Ortsabgabe von sogenannten Sommerfrühlern, Lungkühn über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder der Gemeindeverwaltung sowie von Tagelohnern und Reisekosten an diese, Wärenstein, Lauenstein, Großpölla und Höchendorf über die Anstellungs-, Beförderungs- und Rechtsverhältnisse der Beamten, Stellenanwärter und dauernd Angestellten und von Oberfrauenhof und Wörnchen b. L. über die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen und die Einführung einer Geschäftsordnung für diese Sitzungen. Genehmigung fanden weiter der 1. Nachtrag zur ortsgesetzlichen Bestimmung über die Zusammenlegung des Gemeinderats zu Lungkühn, der 5. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung für Wörnchen b. L. die Nachträge zu den Gemeindebesteuerordnungen für Reinhardtsgrimma, Borslas, Hartmannsdorf, Höchendorf, Glend, Dessengrund, Fürtzenau, Rechenberg, Glaschütte, Schlottwitz, Altendberg, Rastau, Paulshain, Possendorf, Preshendorf, Breitenau, Löwenhain, Johannsbach, Liebenau, der 4. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung für Dittersbach, der 1. Nachtrag zum Ortsgesetz der Gemeinde Wärenklause-Kaußch über Wahlen für die Gemeindeverwaltung, die ortsgesetzlichen Bestimmungen über die Sicherung eines Mindesteinkommens der Bezirksbeamten, über die Erstattung der Kosten der Desinfektionsmittel und über die Entschädigung für unerschuldete Berufsunterbrechung für den Hebammenbezirk Kreischka, das Gesuch des Ortsbauherrn Hermann Gustav Dietrich-Seifersdorf um Ausnahmegewilligung zur Grundstückabtrennung betr. Blatt 8 des Grundbuchs für Seifersdorf, der 2. Nachtrag zur Wasserleitungsordnung der Gemeinde Obergand und die Reueinführung der Gehälter der Gemeindeverordneter für Cunnersdorf, Schlottwitz, Obercarsdorf und Niederfrauenhof.

Bedingungsweise genehmigt wurden der 14. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung für Kreischka, Inventar- und Mobiliarwertzuschüsse betr., die Gesuche des vormaligen Gasthofbesizers Walter Katschka-Niederpöbel um Ausnahmegewilligung der Grundstücksabtrennung betr. Blatt 4 des Grundbuchs für Niederpöbel, des Fleischermeisters und Gastwirts Haus-Niederpöbel um Erlaubnis zur Ausübung des Realrechts zum Gasthofbetriebe und zum Lantmaschhalten sowie der persönlichen Besorgung zum Aufspannen, zum Kruppenfegen und zur gewerbsmäßigen Veranstaltung von Singfesten pp. in dem Grundstücke Nr. 6 der Ortsliste für Niederpöbel. Der Ausbezirkung reichseisenbahnähnlicher Flächen (Bahnhof Hermsdorf-Rehefeld und Beamtenwohnhäuser am Bahnhof Moldau auf sächsischer Seite) aus dem selbständigen Ortsbezirk des Staatsforstmeisters Rehefeld und Einbeziehung in den Gemeindebezirk Rehefeld stimmte der Bezirksausschuß unter der Voraussetzung zu, daß seitens der Reichseisenbahnverwaltung Einwendungen hiergegen nicht erhoben werden und genehmigte die Gesuche des Hausbesizers August Heinrich Philipp-Järschwalde um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Spirituosen in dem Grundstücke Nr. 33 B der Ortsliste für Järschwalde sowie des Holzarbeiters Arthur Kutschka-Hirschsprung um Zulassung seines forstbildungspflichtigen Sohnes zum Lantmaschspielen, während dem 12. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung für Kreischka über die Einführung einer Vornamenssteuer die Genehmigung, weil ungesetzlich, versagt wurde.

Weiter nahm der Bezirksausschuß noch Kenntnis von der Entscheidung des Obergerichtes in dem Disziplinarverfahren gegen Gemeindeverordneter Rubenke-Kreischka, wonach auch nach der letzte Rest der ursprünglich gegen ihn verhängten Disziplinarstrafe aufgehoben worden ist, und von einer Verordnung des Finanzministeriums, Ablehnung der Übertragung der Veranlagung der Gewerbesteuer auf die Gemeinde Großpölla betr. Mit Bedauern nahm sodann der Bezirksausschuß noch Kenntnis von dem Schreiben der Eisenbahn-Generaldirektion als Schöff. Kraftwagenverwaltung Dresden, wonach, wie so vielfach im Lande, auch die in unserem Bezirke mit großen Hoffnungen eingerichteten Kraftwagenlinien Dippoldiswalde-Dresden, Dippoldiswalde-Glaschütte und Dippoldiswalde-Wienmannbühl bei den heutigen stark gestiegenen Betriebsstoffpreisen nur mit großen Verlusten aufrecht erhalten werden könnten, sodass aus Erparnisrücksichten mit erheblichen Betriebseinschränkungen gerechnet werden müßte. Den Vorschlägen wegen der Neuwahl zweier durch das Los aus dem Pflanzenschutz ausgeschiedener Vertreter von Gemeinden Bürgermeister Elber und Gemeindeverordneter Hegewald auf die Zeit vom 1. 7. 21 bis 30. 8. 24 wurde zugestimmt, während das Gesuch der Gemeinde Reichardt um Erlaubnis zur Aufnahme eines Darlehens von 50 000 M. beim Darlehens- und Sparkassenverein Reichardt zur Vornahme weiterer Erörterungen von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Ein Unterstützungsgesuch aus der Gemeinde Gomben wurde bedingungsweise genehmigt und die

Verteilung der Zinsen aus der Fabrikant M.-Ed.-Mende-Stiftung an je 2 Schüler der hiesigen Mädlerschule und der landw. Schule in Lauenstein vorgenommen. Schließlich erfolgte noch die Veratung der Haushaltspläne für das Weltinst. für die Verwaltung des Bezirksvermögens und für den Wohlhabtspflegerbezirk Dippoldiswalde-Land auf das Rechnungsjahr 1922/23, die dem in der Mitte des nächsten Monats stattfindenden Bezirkstage zur Genehmigung vorzulegen sind.

## Die Aussprache im Reichstag.

— Berlin, den 23. März.

### Ein deutschnationales Mißtrauensvotum.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Verhandlung über die Erklärung der Reichsregierung. Dazu ist ein Antrag der Deutschnationalen eingegangen, wonach der Reichstag das „Unannehmliche“ des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission verlangten Utentat auf die Souveränität des Deutschen Reiches billigt. Vermittelt werden aber eine klare und eindeutige Zurückweisung der geforderten neuen Steuern und des Verzichtes der Reparationskommission, ihre Hand auf deutsches Privatvermögen zu legen. Behauptet wird, daß der Reichskanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Revision und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen für 1922 festgelegt habe. Angesichts dieser vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erwiesenen Politik des Reichskanzlers und angesichts des Willens des Kanzlers, diesen Weg weiterzugehen, habe der Reichstag, so schließt der Antrag, nicht die Verantwortung der gegenwärtigen Reichsregierung gelingen werde, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesen Gründen müsse der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen verweigern.

### Die Parteien gegen die Reparationsforderungen.

Abg. Marx (Br.) nennt die Note der Reparationskommission einen bedeutenden Markstein in der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes. In dieser Frage sollte der Reichstag einig sein. Weiter scheint ein Teil des Reichstages es darauf abgesehen zu haben, wieder eine Kabinettstürze hervorzurufen. (Hört, hört!) Die Note ist nicht nur unbillig, sondern ein Verstoß gegen jedes Völkerrecht, ein flagranter Bruch der Verträge. In der Steuerbelastung sind wir bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Eine weitere Belastung ist unmöglich. Die Räte sind bis zum Goldwert gestiegen, die Lebensmittelpreise werden in Kürze den Weltmarktpreis erreichen. Wegen des Eingriffs in das Staatsvermögen erheben wir schon Protest. Wir sind besorgt, aber nicht verzweifelt, unterliegen aber nicht Hürge. (Weißla.) Eine Verzögerung des Ausganges dieses würde sich die Vergewaltigung nicht gefallen lassen. Die Note erreicht das Gegenteil von dem, was sie wollte.

Abg. Dr. Stresemann (Dsp.) bezeichnet den Brief der Reparationskommission als unannehmlich und beleidigend. Tagelang sollte die Regierung auf ihrem Anstandesreden förmliche Verwahrung einlegen. Der Geist der Note muß herbe Enttäuschung hervorrufen. Der Senat noch wirkt und diese Note in die Reihen der Verfallenen zurück. Das ist das Tragischste an dieser Note. Nicht immer hat man behauptet, daß man mit der Erfüllungspolitik nur die Abjuridat dieser Forderungen beweisen wollte. Mit einem gewissen Erfolg, was man auf die ersten Goldmarkillen hin; es wäre besser, wenn die Regierung hier erklärt hätte, daß wir diese Milliarden nicht aus eigener Kraft aufbringen könnten. Ich kenne die Schwierigkeiten. Wir bringen den Gegnern gegenüber nicht genügend zum Ausdruck, was für uns der Verlust Oberschlesiens bedeutet wie verhängnisvoll das Deutsche Reich ist, von welchem nur die Zahlungen verlangt. (Sehr wahr! rechts.) Die Erfüllung der gegnerischen Forderungen ist unmöglich. Wer keine weitere Entwertung der Mark will, muß sich auch gegen die anderen Forderungen wenden. Das Steuerkompromiß stellt die letzte Grenze der Möglichkeit dar. Vielleicht ist die Grenz schon überschritten. Der einzige Ausweg ist eine internationale Anleihe, verbunden mit einem langfristigen völligen Moratorium für Deutschland. Das Reine des Reichskanzlers gegenüber den unerhöhten Forderungen war deutlich genug alle Parteien, die jetzt hinter diesem Reine stehen, sollte auch dabei bleiben, um damit die Voraussetzungen für einen guten Erfolg der Verhandlungen in Genua zu schaffen.

### Außenminister Dr. Rathenau

geht zunächst auf die letzten Vollzettel der Entente ein und erklärt, daß es nur möglich ist, für Ruhe im Lande zu sorgen, wenn eine harte Volkseigenheit vorhanden ist. In unserem Protest gegen die Abgrenzung im Reichsgesetz haben wir zunächst erreicht, daß die Vorkonferenzen ihre Entscheidung zurückgestellt hat.

Bei der Erörterung der Reparationsfrage erinnert Dr. Rathenau daran, daß wir der Reparationskommission und dem Obersten Rat in Cannes Beweismaterial dafür übergeben haben, daß Deutschland heute steuerlich schwerer belastet ist als andere Länder. Von keiner Seite wurde und nur der Versuch gemacht, unsere Verrechnungen zu entkräften. Die Reparationen, die wir im letzten Jahre bezahlt haben belaufen sich auf 45,6 Milliarden Goldmark; im ganzen haben wir bisher 425,6 Milliarden Goldmark geleistet, bezugsrechnung des Landesvermögens sind es sogar über 160 Milliarden Goldmark, das ist die höchste Zahlungseinstellung, die seit Beginn der Weltgeschichte geleistet worden ist. Auch die Abtragung ist eine Leistung von unerhöhter Größe: alle Vermögensgegenstände der Welt, die darauf hinwirken, sind zur Hälfte zu verlieren, weil 1/2 oder 1/3 Prozent der Wäsen noch nicht abgeliefert ist. Deutschland ist besetzt, um seine Wiederanbauarbeiten zu leisten, eine Umbauarbeit, die nur durch eine äußere Anleihe bewerkstelligt werden kann. Als Hoffnung auf Amerika zu setzen, wäre verfehlt, denn dort herrscht große Europamühseligkeit. Deutschland verlangt von den Nationen der Welt die Möglichkeit der Aufstellung eines Arbeitsplans zur Mitwirkung an dem gemeinsamen Wiederaufbau.

Abg. Freilich (N.Soz.) wendet sich gegen den schroffen Ton der Note und die ungeheuerlichen Steuerforderungen der Reparationskommission. Wir haben die auswärtige Politik bloß untergeordnet. Ein Konflikt muß aber unausweichlich sein, wenn die Erfüllung in erster Linie auf Kosten der Arbeitseinkommen vollzogen werden soll.

## Das Nein des Kanzlers.

Der Kampf um Deutschlands Selbstbestimmung ist wieder einmal mit großer Heftigkeit entbrannt. Ingedachtet aller Anstengungen und Bemühungen der deutschen Regierung, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem unerhöhten Ententegegner nach Möglichkeit nachzukommen, hat die Reparationskommission in ihrer letzten Note neue unerhöhte Forderungen an Deutschland gerichtet, deren Erfüllung mit einer Preisgabe der deutschen Selbstbestimmung mit einem Verzicht auf jegliche nationale Ehre und Würde gleichbedeutend sein müßte. In allen Schichten und Kreisen des deutschen Volkes hat die unerhöhte Forderung der Reparationskommission, bis zum 31. Mai auf die gewaltige Steuerlast, die wir schon zu tragen haben, noch 60 Milliarden neue Steuern aufzubringen, tiefe Erregung ausgedöst. Nicht minder

große Entrüstung herrscht über das Ansehen, das Deutschlands finanzielle Lage missachtende Ueberwuchungsschritt anzuerkennen, neue Mißbräuche freiwillig in un'er ohnehin schon schwer heimgeführtes Land aufzunehmen. Entschiedenere denn je weist das gesamte deutsche Volk das neue Diktat der Sieger zurück und fordert einmütig von der Regierung die Ablehnung der neuen Steuerforderungen der Entente.

Getragen von der überwiegenen Mehrheit der Bolkes und der Parteien hat der Reichskanzler Dr. Wirth im Reichstage dieses entschlossene Nein gesprochen und vor aller Welt die unerhöhten Zahlungen der Reparationskommission klar und bestimmt zurückgewiesen. Darüber hinaus hat er mit ebenso erfreulicher Entschlossenheit seine schmälste Ausbeutung gekennzeichnet, der das verarmte deutsche Volk durch das schikanöse, kostspielige und völlig unproduktive Anwesen der sogenannten Kontrollkommissionen ausgesetzt ist, zu denen, wenn es nach dem Willen der Reparationskommission geht, eine ebenso kostspielige und schikanöse Kontrolle des deutschen Finanzwesens hinzukommen soll. Wenn den Milliarden für die Besatzungsheere und für die militärische Kontrolle neun Milliarden für die Finanzkontrolle zugesagt werden sollen, so wird in der Tat für die Reparation nichts übrig bleiben.

Mit Nachdruck unterstrich Dr. Wirth auch, daß noch in den Zahlungsbedingungen zum Londoner Ultimatum die Entente selbst den Standpunkt vertreten habe, daß das Garantiekomitee nicht ermächtigt sein soll, in die deutsche Verwaltung einzugreifen.

Unter dem Vorwand des Hauses erklärte der Kanzler, daß weder die Auflegung von Steuern mit ganz bestimmten Erträgen von der deutschen Regierung jemals zugesagt, noch die Oberhoheit über die deutsche Steuerverwaltung der Entente überlassen werden kann. Der Kanzler beschränkte sich aber nicht auf diesen grundsätzlichen Einspruch, sondern wies auch auf die einzelnen übersiegend die parlamentarisch-technische Unmöglichkeit nach, in kaum acht Wochen, von denen noch dazu der größte Teil für Genua in Anspruch genommen ist, Steuerentwürfe in solcher Höhe zu bewältigen.

So entschloßen Dr. Wirth die Steuerforderungen der Entente und jeden Eingriff in die Souveränität ablehnte, erklärte er sich doch auch bereit, auf dem Verhandlungswege eine Verständigung mit der Entente zu suchen. Er wies noch einmal darauf hin, daß die Reparationen Deutschlands auch für diesen Jahr nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe zu leisten sind.

Run kommt es darauf an, wie die Welt die Antwort des deutschen Kanzlers aufnehmen wird, welchen Eindruck die Ablehnung der Reparationsforderungen vor allem auf die Alliierten machen wird. Werden sie die Leitung der Reparationspolitik an den ungeschickten Händen der Reparationskommission nehmen und selbst die Ausführung der Beschlüsse von Cannes übernehmen? Deutschland hat bis heute schon genug Beweise seines ehelichen Willens gegeben, nun ist es an der Gegenseite, durch einen Verzicht auf Unmögliches den gleichen Beweis zu erbringen, von dessen Gelingen nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas Wohlergehen und Zukunft letzten Endes abhängig ist.

## Das Echo im Auslande.

Das Urteil der englischen Presse.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im Reichstage zur Reparationsnote wird von den Londoner Blättern in ausführlicher Fassung veröffentlicht, bisher nimmt jedoch nur ein Teil der Blätter dazu Stellung.

Die durch ihr sachliches Urteil bekannte „Westminster Gazette“ schreibt, die Antwort des Reichskanzlers, daß die Erfüllung der Forderung von 81 Milliarden neuen Steuern unmöglich und daß die Kontrolle der deutschen Finanzen mit der Ehre der deutschen Nation unvereinbar sei, sei unvermeidlich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen voll zu erfüllen. Der Goldmarkt lasse sich nicht durch Gefühle bewegen und die Ansichten der Finanzwelt über die Leistungsfähigkeit Deutschlands seien in der Abwärtsbewegung der Mark sofort nach Bekanntgabe der Forderungen der Reparationskommission zum Ausdruck gekommen. Früher oder später würden die Nationen auf die nackte Wahrheit stoßen, daß der Plan, große und unbestimmte Summen von Deutschland zu erlangen, von Anfang an zum Mißlingen verurteilt war.

Das sozialistische Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die Rede des deutschen Kanzlers stelle die Alliierten am Vorabend von Genua einer neuen Reparationskrise gegenüber. Für die sich wiederholenden Krisen gebe es keinen anderen Ausweg als die Revision der Friedensverträge.

### Der Eindruck in Frankreich.

Die Pariser Blätter veröffentlichten spaltenlang Meldungen über die Rede des Reichskanzlers, welche aber in allgemeinen auf Kommentierung der Rede. In dem Leberchristen wird vielfach hervorgehoben, daß Kanzler Wirth die Hoffnung geäußert habe, Deutschland werde in Genua die Wiedergutmachung zur Sprache bringen können.

„Journal“ bemerkt, es sei klar, daß die Redehauptstück für England bestimmt sei. „Ouvroir“ erklärt, die Rede sei ein Ausbruch des Hornes darüber, daß Dr. Rathenau Hoffnung auf den Meinungsverschiedenheiten unter den verbündeten Sachverständigen eine endgültige Revision der Wiedergutmachungsbestimmungen zu erlangen, nicht erfüllt worden sei.

## Attentat auf Miljutow.

Russischer Mord in Berlin.

Während eines Vortrages, den der augenblicklich in Berlin weilende Führer der russischen Radikalen partei und frühere Außenminister der Kerenki-Regierung, Miljutow, hielt, wurden aus dem Publikum mehrere Schüsse auf den Vortragenden und die um

von verarmten führenden Mitglieder der Berliner Gruppe der Kadettenpartei abgegeben. Miljukow, auf den offenbar ein Attentat geplant war, wurde nicht getroffen, dagegen erhielt er neben ihm sitzende Kadettenführer Wladimir Rabokow (als er Miljukow schützen wollte) mehrere Treffer und starb kurz darauf an den erlittenen Verletzungen. Außerdem wurden mehrere Personen von den Kugeln zum Teil schwer verwundet. Als Täter wurden zwei Männer, zwei frühere zaristische Offiziere, verhaftet, die nach Aussagen von Augenzeugen ausriefen, daß sie durch den Revolveranschlag den in Rußland gestürzten Monarchismus an dem auf den linken Flügel des demokratischen Bürgerturns stehenden Miljukow und seinen Parteifreunden rächen wollten.

Miljukow war Professor der Geschichte an der Universität St. Petersburg und begründete die Parte der konstitutionellen Demokraten, die nach den Anführern des Kadettenpartei. Nach der russischen Märzrevolution war Professor Miljukow bekanntlich Minister des Auswärtigen in der provisorischen Regierung des Fürsten Drow. Er war jetzt eben erst aus Amerika zurückgekehrt, wohin er zur Washingtoner Konferenz gegangen war, und hatte eine Vortragstournee begonnen die ihn außer nach Berlin noch in andere Großstädte Europas führen sollte.

Rabokow gehörte in Rußland ebenso wie Miljukow der Kadettenpartei an und vertrat diese Partei in der ersten russischen Duma. Unter der provisorischen Regierung Kerenskis wurde Rabokow, der ein hervorragender Strafrechtsexperte war, zum Senator, bei ihm zum Mitglied des Obersten russischen Gerichtshofes ernannt. Nach der bolschewistischen Umwälzung war er Justizminister in der Regierung. Nach der Räumung der Krim ging er zuerst nach England, siedelte aber vor etwa 1 1/2 Jahren nach Berlin über, wo er das russische Blatt „Kul“ herausgab.

## Die neue Befoldungsordnung.

Die Beschlüsse des Reichstagsausschusses

Der zur Beratung der Befoldungsfrage eingesetzte Unterausschuss des Hauptausschusses des Reichstages hat nach Prüfung von ungefähr 20 Anträgen der verschiedensten Parteien folgende Abänderungen der Regierungsvorlagen beschlossen:

1. Das Grundgehalt der besonders benachteiligten Gruppe 7 wird festgesetzt auf 20 000—28 000 Mark, steigend in den Bahnen von je 1000 Mark;
  2. Die Gehaltsgrenze für die Bestimmung der Höhe des Ortszuschlages wird so geändert, daß eine Erhebung des Ortszuschlages in keinem Falle stattfindet;
  3. Die Frauenzulage, welche 2500 Mark annimmt 1000 Mark betragen soll, wird auch Binowern gewährt, wenn sie für den vollen Unterhalt von vier bis sechs Kindern im eigenen Haushalt aufzukommen haben;
  4. Der Kinderzuschlag wird von 150, 200 und 250 Mark auf 200, 250 und 300 Mark erhöht.
- Der Teuerungszuschlag für die ersten 10 000 Mark wird auf 70 Prozent und darüber hinaus auf 35 Prozent festgesetzt. Die Regierung wollte in diesen Punkten nur 60 bzw. 30 Prozent aussetzen.
- Auf Grund dieser Beschlüsse hat der Hauptausschuss des Reichstages sich dahin geäußert, daß die Grundgehälter bei den aufsteigenden Gehältern in den Gruppen I bis XII so geändert werden sollen wie dies in Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen geschehen ist. Lediglich in Gruppe VII erfuhr das Grundgehalt eine kleine Erhöhung.
- Weiter wurde beschlossen, daß der Kinderzuschlag für Kinder vom vierzehnten bis einundzwanzigsten Lebensjahr gewährt wird, wenn die Kinder kein eigenes Einkommen von mehr als 4000 Mark jährlich haben. Der Frauenzuschlag soll auch Witwern, Beamten und Pensionären gewährt werden wenn sie für den vollen Unterhalt von vier bis sechs Kindern im eigenen Haushalt aufkommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach zu den Grundgehältern der Diäten und dem Ortszuschlag, so weit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, die Teuerungszuschläge 60 Prozent, im übrigen 30 Prozent betragen sollen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 30. März 1922.

— Nur Beratung der Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Reichsministergefeß werden die Vertreter des Wohnungswesens und stellvertretenden samstlicher Ministerien vom 9. bis 11. April in Jena zusammenkommen.

— Der französische Botschafter in Berlin, Laurent wird voraussichtlich von seiner Urlaubreise nach Paris zurück nach Berlin zurückkehren, um sein Abberufungsschreiben zu übergeben. Als sein Nachfolger wird P. F. L. genannt, der bekanntlich während des Krieges französischer Botschafter in Petersburg war.

— Nach 32 Deutsche in französischer Gefangenschaft. Nach Rückkehr des Obermanns der Wignonne sind in französischer Gefangenschaft, welche sie während des Krieges zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Sie sind heute nicht mehr in Wagnon, sondern wurden nach Toulon übergeführt. Die deutsche Regierung ist unausgesetzt bemüht, eine baldige Begnadigung der Bedauernswerten zu erzielen.

— Drohende Spaltung der Unabhängigen. Die Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der U. S. P. D. haben Formen angenommen, die jede weitere Gemeinschaft ausschließen. Die gesamte Redaktion der „Freiheit“ hat ihre Arbeit niedergelegt. Sie begründet ihren Schritt in einer Denkschrift über ihre Haltung zu allen wichtigen politischen Fragen. Der unmittelbare und letzte Anlaß zu dem Konflikt war die Stellung der „Freiheit“ zum Berliner Gemeindegewerkschaftstreik, den das Blatt in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung scharf verurteilte. Der linke

Flügel der Unabhängigen rechnet mit einem Zusammengehen mit dem rechten Flügel der Kommunisten während der nächsten Tage. Die Führe des linken Flügels sind Crispian, Rosenfeld, Ledebour und Dittmann, die Rechte steht unter der Führung von Hilferding, Breitscheid, Brühl, Herz und Seger, dem leitenden Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Bezeichnend für den offenen Zwiespalt in der Partei ist ein Brief des bekannten Sozialisten Kautsky, in dem er in scharfer Form gegen die Zersplitterung der Unabhängigen Stellung nimmt und deren Politik mißbilligt.

— Erfalser Karl ist in Funchal an einer sehr schweren Augenentzündung erkrankt.

— Das belgische Königspaar ist in Rom eingetroffen und auf dem Bahnhof vom italienischen Königspaar im Beisein der Gesamtregierung begrüßt worden.

— In England begann der große Streik auf den Schiffswerften gegen die Herabsetzung der Löhne. 350 000 Arbeiter sind an ihm beteiligt.

### Belgien: Kammerdebatte über Hamborn.

— Auf eine Anfrage in der belgischen Kammer, welche Strafmassnahmen die Regierung für die Ermordung des Deutsches Graf ins Auge gefaßt habe, erklärte Weheminderer Deuwe, es handele sich um einen von den Alldeutschen verübten Mord. Belgien fordere die Ermittlung und die Bestrafung der Schuldigen. Der Gesandte in Berlin sei angewiesen worden, beim Außenminister Einspruch zu erheben und die Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Der Gesandte solle den deutschen Außenminister fragen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Urheber des Anschlages zu ermitteln und eine Wiederholung zu verhindern. Da der Anschlag gegen einen belgischen Offizier in Uniform begangen wurde, wird von der belgischen Regierung Entschädigung unter ausdrücklichen Vorbehalten verlangt, und zwar für Belgien moralischer und für die Hinterbliebenen Graß materieller Art.

### Frankreich: Die Delegation für Genua.

— Der französische Ministerrat hat beschlossen, den Außenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Barthelemy und neben ihm dem Unterstaatssekretär Colrat die Leitung der französischen Delegation für Genua zu übertragen. Poincaré wird sich voraussichtlich nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik, der sich zurzeit in Nordafrika aufhält, zum Schlußabschnitt der Konferenz nach Genua begeben, da ja um diese Zeit die endgültigen

Deutsche Vorbereitungen für Genua. Die einzelnen Ministerien haben nunmehr ihre Beratungen über die Genuakonferenz beendet. Das Kabinett wird alsbald in die Besprechung der Materie eintreten. Es wird auch die Personalfrage der Zusammensetzung der deutschen Delegation zur Erörterung kommen.

— Das Hamborn-Attentat. Der belgische Gesandte in Berlin hat bei der Reichsregierung um die Verfolgung der Schuldigen an dem Hamborn-Bombenanschlag gebeten. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die deutsche Regierung Sorge tragen möge, daß sich solche Vorkommnisse nicht wiederholten.

— Keine Verringerung der Polizeikräfte. Bei den Besprechungen über die letzte Polizeinote des Generalstabes, die unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Köster zwischen den Innenministern der Länder stattgefunden haben, wurde die Auffassung vertreten, daß bei allem guten Willen, den Forderungen der Note hinsichtlich der Organisation der Schutzpolizei entgegenzukommen, in gewissen Punkten, wie zum Beispiel in der Verringerung der Polizeikräfte, auf den Stand der Polizei von 1913 nicht nachgegeben werden könne. Die Ausführung dieser Forderung der Militärkontrollkommission würde mit Rücksicht auf die derzeitige innenpolitische Lage die Sicherheit des Reiches aufs schwerste gefährden, um so mehr, als Deutschland heute neben der Polizeikräfte nur über eine ganz unbedeutende Truppenmacht verfüge, sich also in einer im Vergleich zum Jahre 1913 gänzlich veränderten Lage befinde.

— Die schlesische Autonomiefrage. Eine Vertrauensmännerversammlung der ober-schlesischen katholischen Volkspartei (Zentrum), die unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Farrer Ullrich in Neustadt tagte, nahm in einer längeren Entschließung Stellung zu der Frage der ober-schlesischen Landesautonomie. Die Resolution betont, daß die Abstimmung über die Autonomie stattfinden muß und daß die Partei die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Braun bedauere.

— Rücktritt des braunschweigischen Ministerpräsidenten. Der vor kurzem wegen Beschulung zu Gefängnis verurteilte frühere braunschweigische Ministerpräsident Seypp-Dexter richtet jetzt nach seinem Ausschluß aus der U. S. P. schwere Anklagen gegen seine ehemaligen Parteifreunde und Kollegen im braunschweigischen Ministerium. Auf Antrag der Minister hat der Landtag einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der die von Dexter in voller Öffentlichkeit erhobenen Anklagen gegen Mitglieder der Regierung auf ihre Richtigkeit hin prüfen soll. Seypp-Dexter richtete seine Angriffe vor allem gegen den jetzigen ebenfalls unabhängigen Ministerpräsidenten Junke, dem er u. a. den Vorwurf macht, daß er die Dienstkraftwagen zu Vergnügungsfahrten am meisten in Anspruch genommen hätte, insbesondere Junke mit Gattin und sämtlichen Kindern allsonntäglich „Lienstreffen“ in den Harz unternommen hätte. Auf die Angriffe gegen Junke folgen Angriffe ähnlicher Art gegen den sozialdemokratischen Minister Antrid. Inzwischen hat der Ministerpräsident Junke dem Landtagpräsidenten schließlich mitgeteilt, daß er von seinem Ministerposten zurücktrete.

Beschlüsse von den verschiedenen Delegationen bestätigt werden dürften.

### England: Kabinettrat über Genua.

— In dem britischen Kabinettrat ist laut „Daily Chronicle“ eine vollständige Uebereinstimmung über die Politik der Regierung in Genua erzielt worden. Die Bedingungen des Regierungsantrages, der am Montag im Unterhaus eingebracht wurde, seien genehmigt worden. In dem Antrage wurde das Haus ersucht, die Politik der Regierung auf der Konferenz zu unterstützen, die sich auf die Resolution von Cannes gründe, zu unterstützen. Der Premierminister selbst werde in dem Antrage nicht genannt, der Antrag werde jedoch als Vertrauensvotum behandelt werden. Lloyd George werde ihn persönlich einbringen. Die Regierung sei der Ansicht, daß ein vollständiges

Chaos in Osteuropa drohe, das nur durch die Genua-Konferenz verhindert werden könnte, auf der eine Politik des europäischen Einbernehmens in die Wege geleitet werden solle. „Daily Chronicle“ zufolge komme eine sofortige Anerkennung der Sowjetregierung nicht in Frage, es sei denn, daß Rußland in der Lage sein werde, Garantien bezüglich seiner Finanzen und sofortige Verpflichtungen zu übernehmen.

### China: Politisches Attentat in Schanghai.

— Reuter meldet aus Schanghai, daß zwei Koreaner ein erfolgloses Attentat auf den früheren japanischen Kriegsmilitärminister Tanaka verübt haben. Eine Amerikanerin, die sich in der Nähe des Ministers befand, wurde getötet und vier Personen verwundet. Die Täter wurden verhaftet.

### Das amittene Programm für Genua.

— Paris, 29. März. Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß bei der letzten Unterhaltung zwischen Poincaré und Lord Curzon noch immer das Programm für die Konferenz in Genua besprochen worden ist, da noch einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen bestehen. England ist der Meinung, daß zwar über die Uebertragung keine Schwierigkeiten zu erwarten seien, daß aber kein Hindernis für die grundsätzliche Erörterung dieses wichtigen Problems besteht. Die englische Regierung hat auch nichts dagegen, daß über die Wiederherstellung der Friedensverträge in Genua grundsätzlich gesprochen wird. Diesen Anschauungen gegenüber blieb der Standpunkt Frankreichs unbeeinträchtigt. Wenn eines dieser Themen auf der Konferenz berührt werden sollte, würde die französische Kommission genötigt sein, sich zurückziehen.

### Neue Zunahme des Papiergeldumschlages.

— Berlin, 29. März. Der Papiergeldumsatz bei Reichsbank fiel in der dritten Märzwoche abermal um 767,9 Millionen auf 130,87 Milliarden.

Ein russischer Monarchistkongreß in Berlin andog haben.

— Berlin, 29. März. Im Zusammenhang mit dem Miljukow-Attentat wurde eine Zusammenkunft russischer Monarchisten in einem Lokal im Berliner Westen ausgeschrieben. In mehreren Kraftwagen wurden die Teilnehmer nach dem Polizeipräsidium gebracht. — Es handelt sich um den Kongreß der russischen konstitutionellen Monarchisten.

### Der Mordplan gegen Miljukow.

— Berlin, 29. März. Bei dem Attentat auf den ehemaligen russischen Außenminister Miljukow soll es sich um einen lange vorbereiteten Mordplan handeln. Die Täter, die beiden ehemaligen zaristischen Offiziere Schabelski-Bork und Laborki, geben an, daß sie eigens aus München, wo sie wohnhaft sind, hierher gekommen waren, um Miljukow, ihren politischen Feind, zu erschießen. Die Ermordung Miljukows soll in einer Versammlung russischer Monarchisten, die am 10. März getagt hat, in allen ihren Einzelheiten durchgesprochen worden sein.

### Besuch des belgischen Königs im Vatikan.

— Rom, 29. März. Das belgische Königspaar hat anlässlich seiner Anwesenheit in Rom im Vatikan einen offiziellen Besuch abgeleistet. Seit 1870 ist es das erste Mal, daß der Papst den Besuch eines katholischen Fürsten im Vatikan empfängt.

### Rußland und Genua.

— Rom, 29. März. Die russische Regierung hat der Konfulta eine Note überreicht, in der sie erklärt, daß angesichts der Gefahr von Gasätzen-Alarmgriffen die Reise der russischen Delegation nach Genua besonders garantiert werden müsse. Die Konfulta hat jetzt der Moskauer Regierung geantwortet, daß scharf Schutzmaßnahmen angeordnet seien, jedoch könne die italienische Regierung nicht absolut jedwede Person von Genua fernhalten.

## Volkswirtschaft.

— Verwaltungreform der Eisenbahnbetriebswerkstätten. Die Eisenbahn-Hauptwerkstätten sollen demnach von der Betriebsverwaltung abgetrennt und als wirtschaftliche Einzelbetriebe geleitet werden. Diese Umgestaltung soll nach kaufmännischen, privatwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen.

— Deutschlands Ausverkauf. Wie sich aus einer Anfrage im Reichstage ergibt, sind auf dem Hamburger Gemüsemarkt große Mengen Gemüse von Holländern aufgekauft und mit der Bahn nach Holland geschafft worden. Dadurch sind die Gemüsepreise gemindert. Die Regierung wird sich darüber erklären müssen, ob aus dem gemüsearmen Deutschland tatsächlich Gemüse in größeren Mengen ausgeführt worden ist.

— Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Auf dem Neunten Deutschen Seeschiffahrtstag teilte Generaldirektor Stimming vom Norddeutschen Lloyd mit, daß bisher 280 Schiffe mit 1,05 Millionen Tragfähigkeit wieder hergestellt wurden und daß sich 280 Schiffe mit 1,25 Millionen Tonnen im Bau befinden.

— Die Angst vor der deutschen Konkurrenz. Wie die „New York Times“ meldet, ersuchten die amerikanischen Pottasche-Fabrikanten den Kongreß um Schutz gegen die Unterbietung seitens der Deutschen Kalbhydrikates, das nach ihrer Behauptung die während des Krieges mit einem Kapitalaufwand von 30 Millionen Dollar geschaffene amerikanische Pottasche-Industrie völlig vernichtet.

— Die Kohlenlieferungen. Die seit September 1919 bis Dezember 1921 aus dem Ruhrgebiet bezogenen deutschen Kohlenlieferungen an die Entente betragen nach amtlicher Bestimmung an Steinkohlen 20,4 Millionen Tonnen, Braunkohlen (Niederhein) 1,871 Millionen Tonnen und Koks 9,67 Mill. Tonnen. Die Gesamtmenge beläuft sich auf rund 32,077 Mill. To.

— Berlin, 29. März. (W. B. R.). Die Kanzlerrede im Reichstag, welche der Hoffnung auf Gewährung einer internationalen Anleihe immer noch Raum läßt, wirkte auf

Der bläuliche hohe Preisstand der fremden Zahlungsmittel etwas abnehmend ein; namentlich war ein Dollar eine gewisse Einwirkung zu spüren. Die Haltung der Börse war im übrigen überwiegend fest.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	29. 3.	28. 3.	1914
100 holländische Gulden	12547	12837	167,- W.
100 belgische Franken	2732	2818	80,- "
100 dänische Kronen	6997	7112	112,- "
100 schwedische Kronen	8641	8821	112,- "
100 italienische Lire	1683	1690	80,- "
1 englischer Pfund	1449	1478	80,- "
1 Dollar	229	238	4,20 "
100 französische Franken	2292	2029	80,- "
100 schweizerische Franken	6442	6578	80,- "
100 tschechische Kronen	605	618	— "

3. Berlin, 29. März. (Warenmarkt.) Amliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Belgien Meisenburg 885-870, Ostpreussischer 838, Roggen Märkischer 640-648, Schlesiischer 638-640, Oker Märkischer 630 bis 635, Mais April-Mai 550-552, Weizenmehl (100 Kilo) 2050-2200, Roggenmehl (100 Kilo) 1430-1560, Weizenmehl 460-470, Roggenmehl 475-485, Raps 1070-1100, Vittoriaerbsen 680-720, kleine Speiseerbsen 610-630, Futtererbsen 600-610, Lupinen blaue 610-660, Rapskuchen 525-545, Erdrosseln 430-435, Rapskuchen 530-540, Torfmehlsorte 220-225, Heu und Stroh, Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahthegerehtes Roggen- und Weizenstroh 72-83, drahtgepreßtes Haferstroh 77-85, hindstabengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 65 bis 73, totes und gehäufeltes Krummstroh 48-54, Häcksel 88-92, Heu 175-190, gutes Heu 190-225 Markt.

3. Berlin, 29. März. (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb: 1523 Rinder, darunter 482 Bullen, 179 Ochsen, 863 Kühe und Färsen, 2545 Lämmer, 1592 Schafe, 8080 Schweine, 117 Flegeln, 202 Schmelze aus dem Remelgebiet. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen: 1400-2000, Bullen: 1450-1900, Kühe und Färsen: 900-1900, Ferkel: 1300 bis 2400, Lämmer: 1300-2500, Stallmahlschafe: 900-1600, Schmelze: 2000-2825 Markt. Marktverlauf: In allen Gattungen gut.

### Aus Stadt und Land.

„Auch die Ausländer im „Trodenen“. Der Vorstand der Einwanderungskommission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat einen Gesandten eingeschickt, der für fremde Staatsangehörige bei Verträgen gegen das Antialkoholgesetz Landesverweigerung vorsieht.

„Ein Motorschiff untergegangen. Nach einem Telegramm aus Reikjavik (Island) ist das Motorschiff „Talisman“ in den isländischen Gewässern beim Eis untergegangen. Von der Besatzung sind 12 Mann ertrunken, während sich vier im Schiffsboot retten konnten.

#### Kleine Nachrichten.

Der Schnellzug Paris-Bentimiglia in der Nähe von Montbard entgleist.  
Aus Denver (Amerika) wird gemeldet, daß bei einer Sprengung 17 Bergarbeiter getötet wurden.

### Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misf.  
(10. Fortsetzung.)

„Und das ist die cause, weshalb da ist ein Platz für Sie im Godwin-Stall. Das liegt gebrochen mit dem rechten Bein Billy, unser zweiter Reiter, was immer ausgeritten mit Miß Godwin. Well — er ist gestürzt, sie ist tot... Well, sie hat mir gesagt: O'Donnell, hat sie mir gesagt, sehen Sie zu versuchen zu bekommen ein feines Mann, das kann reiten wie der Teufel und hat nicht Furcht und ist auch bessere Klasse von Mann, um mit immer zu begleiten. Well, und wenn Sie können umgehen mit Pferde und reiten wie der Teufel und können umgehen mit Miß Godwin, was ist noch viel schwieriger als mit die Pferde; dann seien Sie unser Mann! But I believe, Sie sind unser Mann. Are you not?“

„Ich will's versuchen, Sir. Aber was für 'ne Art von Frauenzimmer ist sie denn? Und wie behandelt man sie am besten?“

Der Jodel schmunzelte vor sich hin, fuhr sich ein paarmal über das hagere, glatt rasierte Gesicht und nahm einen tiefen Schluck aus seinem mixtum compositionum von etwas Whisky mit viel Limonade.

„Oh, sie ist eine Lady — but manchmal — na, da sie schwer — schwer —“

„Schwierig?“

„Yes!“

„Weshalb? — Inwiefern?“

„Oh... so... manchmal sie ist zufrieden, manchmal nicht. Wenn sie ist nicht zufrieden, sie ist sehr schwierig. Wenn sie ist zufrieden, sie ist wie eine gute Kind, das kennt alles her. Yes, sie hat mich sehr oft.“

Mit diesen etwas orakelhaften Worten mußte sich Dietrich zufrieden geben. Der Jodel wollte sich wahrscheinlich nicht deutlich ausdrücken. Auch über Mister Wilkins, den Trainer, orakelte er noch dies und das. Offenbar wollte der, wie es seiner Stellung aufkam, die erste Rolle nach der Herrin selbst; und offenbar fanden sich Jodel und Trainer wie Hund und Katz aneinander.

Wenn er nun mit O'Donnells Hilfe Aufnahme in den Stall fand, so hatte er natürlich den Trainer von vornherein gegen sich. Damit mußte er sich abfinden und diplomatisch zwischen den Gewalten des Stalles balancieren, vor allem sich der Gunst der Lady selbst verschaffen. Er, der ehemalige preussische Dragoner-Regiment Dietrich von Amstel!

Was, man mußte es nicht tragisch nehmen, sondern das ganze, neue Dasein als eine große Komödie betrachten, in der man eine vorübergehende Rolle spielte. Das Schicksal hatte ihn noch für etwas aufgespart.

Unter den gegebenen Umständen war diese Beschäftigung noch die angenehmste und passendste für ihn. Besser als eine niedrige Handarbeit verrichten oder den Keller wachen! Und selbst, wenn er irgendwo in einem Kontor hätte unterkriechen können — lieber auf dem Rücken eines Pferdes neben oder selbst hinter einer Lady durchs freie Feld laufen! Sobald sich ihm die Gelegenheit bot, irgendwo Kriegsdienste zu nehmen, auch er seine Stelle hier wieder ab.

Am anderen Tage stellte er sich im Weltbrett zur verabredeten Zeit im Godwin-Stall ein. Es war ein weitläufiges Etablissement jenseits des Hudson, wohin er durch eine Kombination von Fährboot und elektrischer Totalbahn, das letzte Stück aber zu Fuß, gelangte.

Man sah, daß hier nicht mit dem Geld gespart war. Um einen riesigen Hof lagen die niedrigen, weit auseinander gezogenen Ställe, die Vorrats- und Futterräume, das Wohnhaus des Trainers und der Stallleute, eine kleine Villa, in der wahrscheinlich Miß Godwin von Zeit zu Zeit Aufenthalt nahm, und eine Liegungsbahn. Daneben die eingefriedeten Koppeln für die Juchthengste, die Mutterstuten und Fohlen.

Prachtvoll das alles — eine Kombination von Holz, Stein und Putz in Weiß, Rot und Grün — zugleich praktisch und mit verschwenderischer Raumfülle angelegt. Sein Kavalleristenherz schlug höher. Welt da drüben, jenseits des Hudson, lag im Dunst und Nebel die riesige Stadt. Hier zwitscherten die Vögel; die Aprilsonne leuchtete vom Frühlingshimmel; zwischen Äppigen, schon grünen Wiesen und Wäldern leuchteten hier und da kleine Häuser und Dörfer gleich weißen Punkten. Fern am Horizont blauten niedrige Hügel. Hier ließ es sich gut hausen.

In der Angst, zu spät zu kommen, war er fast um eine Stunde zu früh da. Er ging umher und betrachtete sich das alles in Ruhe. Das Pferdematerial war tadellos — hochgezogenes Renndul! Jetzt erinnerte er sich auch, daß er in den amerikanischen Korrespondenzberichten der heimischen Fachblätter vom Stall Godwin wiederholt gelesen hatte.

Nachdem seine erste Reugler gefüllt und die bestimmte Stunde gekommen war, trat er an den Haupteingang, ein großes Tor aus rohen Birkenstämmen, mit einem von Künstlerhand geschmigten, riesigen Pferdekopf.

Mister O'Donnell kam bald darauf, seine obligate Schachpfeife zwischen den Zähnen, und schüttelte ihm die Hand.

Morning, Mister Amstel — how are you? — Ich muß Ihnen sagen, daß es nicht steht sehr gut mit unsrer Sache.

„Wieso?“

Der kleine Jodel fragte sich den Kopf, rülste verlegen an seiner Mähe.

„Oh, Sie werden sehen yourself... Perhaps... wenn Sie sind sehr klug, daß Sie werden doch machen Ihr Ziel.“

Im Hof, vor einer der offenen Stalltüren, stand Mister Wilkins — breitbeinig, fest, unterseht. Als der kleine Jodel Dietrich vorstellte, zuckte keine Miene seines roten, massigen Bulldogg-Gesichtes. Er nickte nur erhaben mit dem Kopfe, ohne nach der Mähe zu greifen.

„Was für falsche, tückische Wolfsaugen er hat!“ dachte Dietrich. Die blühten ihn kalt und glühend an, musterten ihn von Kopf bis Fuß. Selbst die Lippen bewegten sich kaum, mit denen er die förmlich geklauten Worte, natürlich Englisch, ausließ.

„Weiß schon! — Sie wollen hier unterkriechen?“

„Ich suche eine Stellung, zu der ich die Fähigkeiten besitze.“

„Weiß schon! — Haben Sie Zeugnisse?“

„Zeugnisse? — Nein! Aber ich war preussischer Kavallerie-Offizier.“

#### (Fortsetzung folgt.)

### Lebte Nachrichten

#### Die Vertrauensfrage.

Berlin, 30. März. Im Reichstage ist die Aussprache über die Regierungserklärung zur Reparationsnote gestern nicht zu Ende geführt worden. Am heutigen Donnerstag sollen noch die Redner der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten zu Worte kommen, sowie über das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum abgestimmt werden. Dafür wird sich eine Mehrheit nicht ergeben, nachdem sich auch die Deutsche Volkspartei entschlossen hat, sich der Abstimmung zu enthalten. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch dem Reichskanzler mitteilen lassen, daß sie auch für ein von den Regierungsparteien einzubringendes Vertrauensvotum nicht stimmen werde. Der Kanzler hat darauf erwidert, er sei der Meinung, daß eine deutsche Regierung, die nur von einem abgelehnten Mißtrauensvotum lebe, in Genua nicht lebensfähig sei, und daß er deshalb auf ein Vertrauensvotum bestehen müsse. Seine endgültige Stellungnahme hat sich Dr. Wirth bis zur Rücksprache mit den Führern der Regierungsparteien vorbehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß sich daraus innerpolitische Schwierigkeiten ergeben können, falls es nicht gelingt, die Mehrheit, die das Steuerkompromiß getragen hat, auf eine Kundgebung in der Vertrauensfrage zu bringen.

#### Ein Riesenstreik in England.

London, 29. März. Gestern abend begann der große Streik auf den Schiffswerften gegen die Herabsetzung der Löhne. Etwa 350 000 Arbeiter werden davon betroffen.

#### Ein neuer Uebergreif der Besatzungsbehörden.

Oberhausen, 29. März. Heute Mittag zwischen 12 und 1 Uhr wurde ein Lastkraftwagen der Schutzpolizei, der die Abspaltung der Wache in Stärke von 28 Beamten nach dem Wachlokal in Oberhausen Altschloß brachte, von belgischen Truppen angehalten, die Beamten sämtlich verhaftet und dann mit dem Kraftwagen ins besetzte Gebiet verschleppt. Dem sofort von dem Kommando der Schutzpolizei in Oberhausen zum Tatort entsandten Offizier, der Verhandlungen zur Freigabe der Verhafteten mit den Belgiern anknüpfen sollte, wurde von dem betreffenden belgischen Offizier erwidert, daß er sich auf keine Verhandlungen einlassen dürfe.

Er handle auf Befehl des Kommandanten des Brückenkopfes Duisburg. Irigendwelche Gründe, die die Verhaftung des Schupobeamten rechtfertigen, wurden seitens des Offiziers nicht angegeben.

#### Erkrankung des Erzherzogs Karl.

Paris, 29. März. Erzherzog Karl ist in Funchal an einer sehr schweren Lungenerkrankung erkrankt.

#### Gedenken der hungernden Vögel

Ehren-Diplome druckt Carl Jehne, Dippoldiswalde

Arb.-Radfahrer-Berein „Frisch auf“ und Umgeg.



Sonntag den 2. April im Schützenhaus

Öffentliches Saalsportfest,

bestehend in Rongert, Reigen, Radballspiel und Kunstfahrten der Gebr. Leonhardt, Kunstmeisterfahrer, Dresden. Nachdem Ball.

Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr. Eintritt mit Steuer und Programm 5 Mark. Vorverkauf bei Friseur Böhmke, Herweggasse und im Schützenhaus.

Zahlreichen Besuch erhofft der Vorstand.

Kasino Reinhardtsgrimma und Umgegend.

Sonntag den 2. April (Anfang 6 Uhr)

4 Uhr Versammlung. Es laßt ein d. B.

Oberer Gasthof Johnsbach.

Sonntag den 2. April

Bratwursthäusl

Zentralverband prolet. Freidenker Dippoldiswalde.

Sonabend den 1. April abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in der Hafenstraße. Sehr wichtige Tagesordnung.

Tätiges, ehrliches Hausmädchen

sofort oder 1. April bei hohem Lohn gesucht.

Frau Buchdruckereibesitzer Jehne, sen., Dippoldiswalde, Gartenstraße 247 F, 1.

„Nettle“ das tausendfach bewährte, sicher wirkende Mittel gegen Haarausfall

Spezial-Kuren b. d. Friseurinnen Joh. Hörl, Dippoldisw., Markt, Ernst Engelmann und Hugo Gnewuch, Schmiedeberg.

Ein neuer (unverbraucht) 3 PS.-Motor

komplett, infolge Ankauf eines Härteren sofort zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle.

Sirup Mandis-Ablauf

— hellgelbe Ware — ist wieder eingetroffen bei Paul Hofmann, Markt 77.

Gebrauchter Kinderwagen zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle

Unmoderne Hüte werden wieder auf neu vorgefertigt in der

Färberei Kunst. Kleine Hüdin entlaufen.

Gegen Gel. abzugeben bei Jakob, Gerberplatz.

Birnbau- und Apfelbaumflözer

aus B. Arzmpoll, Buhlmühle, Schmiedeberg.

Anständiger, lediger Herr sucht gutmöbliertes Zimmer

möglichst mit Pension für sofort. Angebote unter „S. K.“ an die Geschäftsstelle.

Gut Hausmädchen, bis 17 Jahre alt, auf ein mittleres Gut in Dippoldiswalder Gegend. Off. u. „S.“ an die Geschäftsstelle.

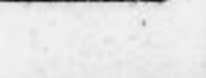
Ein 16jähriges Mädchen sucht eine lang in Landwirtschaft Offerten unter „M. C.“ in der Geschäftsstelle niederzulegen.

Junges Mädchen für lehrte Konfektarbeiten, coll. Schreibwesen

kleinentwer als Nebenbeschäftigung sucht Kaufmann Hoffort, Kipsdorf.

Mutscher, mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, zum 1. April gesucht. Brauerei Dippoldiswalde.

Schlacht-pferde



aus am höchsten Tagespreis Hochschlächtere Paul Heber, Tel. 97

Für die zahlreichen Beweile der Teilnahme beim Helmgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir herzlich allen herzlichsten Dank.

Hödenhof und Dippoldiswalde, am 30. März 1922. Familie Gehre Familie Jakob

2 Tag Tag 20 W. Gemein Mr. Dippold für die Kraft. Die verfassung vielfach de Staate bel unken, bel ganzen Ca sind bereit dem am E gemeinde sind nunm rufungen Herren St direktor O meler Hof Baumeister Unger. Die rufenen fo insgesamt gottesdien und dieser nachmittag 11 Uhr werden w Möge an Gottesdien neuen Kir — De Donnerst w e r b e wenigstens Harmonia sang des S Direktor Rieker, e Die Schu Weiteren 250 auf 89 der U schüler. I uebenamf wurde die schulrat C frek und wären saß die Fehlp Herr Dir Entfaltung es gelte, Verhalter nahmen n der Schul Wirtschaft beselben nere Spe bankte, w Opfer, di arzt Dr. Pflege de unserer I scharf ger lassungsfe sprach sel das Geja davon, w Jahnerba Verbauu und dann kann auc bierf) we die Kran die Jähn bähern u die Jähn dienlicher Getränke Erhaltung geben we hin, welc bpe zwei